

Stand: 30.12.2025 17:05:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3325

"Haushaltsplan 2015/2016; hier: Anwärterstellen Finanzämter (Kap. 06 05 Tit. 422 21)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3325 vom 14.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4430 des HA vom 21.10.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4769 vom 11.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 11.12.2014 (EPL 6)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 06 05 Tit. 422 21 wird der Ansatz für das Jahr 2015 um 200.720 Euro von 27.854.100 Euro auf 28.054.820 Euro und für das Jahr 2016 um 927.250 Euro von 32.259.100 Euro auf 33.186.350 Euro erhöht, um damit jeweils 20 zusätzliche Stellen für Steuersekretär-anwärterinnen und -anwärter und 30 zusätzliche Stellen für Steuerinspektor-anwärterinnen und -anwärter zu den jeweiligen Einstellungsterminen 2015 und 2016 zu finanzieren.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Unseres Erachtens hat die Staatsregierung die Personalausstattung der Finanzämter in den letzten Jahren auf konsequent zu niedrigem Niveau gehalten. Dadurch entgehen dem Freistaat nicht nur hohe Steuereinnahmen. Auch die Gerechtigkeit des Steuersystems leidet unter dem mangelnden Steuervollzug aufgrund zu geringer Personalausstattung. Zudem handelt u.E. der Freistaat hier auch unverantwortlich gegenüber den eigenen Beamten. Diese müssen seit Jahren steigende Arbeitsbelastungen tragen. Daher ist es zwar erfreulich, dass die Staatsregierung den Handlungsbedarf erkennt. Gleichzeitig reichen die Neueinstellungen nicht aus, um die Versäumnisse der Vergangenheit zu korrigieren. Deshalb müssen insgesamt weitere 100 Anwärterstellen an den Finanzämtern auf die beide Haushaltsjahre verteilt geschaffen werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Baye-
rischen Staatsministeriums der Finanzen, für Lan-
desentwicklung und Heimat

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 03 (Allgemeine Bewilligungen)
wird bei den Vermerken zu den TG 72 (Förde-
rung der Breitbanderschließung) und 79 (Lan-
desentwicklung) nach Satz 1 ("Titel der TG
gegenseitig und mit Titeln der TG 79 (bzw. 72)
deckungsfähig.") jeweils folgender Satz 2 ein-
gefügt:
"die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Ver-
pflichtungsermächtigungen."
2. Bei Kap. 06 16 (Verwaltung der staatl. Schlös-
ser, Gärten und Seen) werden die Ansätze in
2015
 - a) bei Tit. 701 01 (Baumaßnahmen)

von	3.555.800,-- €
um	400.000,-- €
auf	3.955.800,-- €

erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

aa) **Neue Residenz Bamberg:**
Barrierefreier Ausbau der Toilettenan-
lage im Café im Rosengarten
120.000,-- €

bb) **Veste Coburg:**
Barrierefreier Ausbau der öffentlichen
Toilettenanlage 90.000,-- €

cc) **Burg zu Burghausen:**
Verbesserung der Mobilität für Roll-
stuhlfahrer durch Einbau von Rand-
streifen 190.000,-- €.

b) bei Tit. 718 23 (Schlossbesitz Linderhof)
von 1.500.000,-- €
um 50.000,-- €
auf 1.550.000,-- €
erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

Schlossbesitz Linderhof:
Barrierefreie Sanitäranlagen 50.000,-- €

c) bei Tit. 731 13 (Kaiserburg Nürnberg)
von 1.500.000,-- €
um 1.100.000,-- €
auf 2.600.000,-- €
erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

Kaiserburg Nürnberg:
Behindertengerechter Aufzug und Wege-
ausbau 1.100.000,-- €

d) bei Tit. 741 15 (Festung Marienberg
Würzburg)
von 2.500.000,-- €
um 1.050.000,-- €
auf 3.550.000,-- €
erhöht.
Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläu-
tern:

Festung Marienberg Würzburg:
Barrierefreier Zugang über Rampe, Aufzug
sowie automatische Türen, barrierefreie
Sanitäranlagen 1.050.000,-- €

- e) bei Tit. 743 21 (Schloss Johannisburg in Aschaffenburg)
- | | |
|-----|----------------|
| von | 1.000.000,-- € |
| um | 400.000,-- € |
| auf | 1.400.000,-- € |
- erhöht.

Der Erhöhungsbetrag ist wie folgt zu erläutern:

Schloss Johannisburg in Aschaffenburg:

Barrierefreier Zugang im Rahmen der Generalsanierung 400.000,-- €

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Fördermöglichkeiten bei der Förderung der Breitbanderschließung und der Landesentwicklung
(Kap. 06 03 TG 72 und 79)
Drs. 17/3382
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Verbesserung der Barrierefreiheit von staatlichen Schlössern und Burgen im Rahmen von Baumaßnahmen
(Kap. 06 16 Tit. 701 01, 718 23, 731 13, 741 15 und 743 21)
Drs. 17/3383

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsoberkräfte in den Vermessungsämtern
(Kap. 06 22 Tit. 422 01)
Drs. 17/3510

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: keine Verdopplung der Ausgaben für den "CIO"
(Kap. 06 01 Tit. 547 01)
Drs. 17/3397
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt von 152 Stellen aus der ehemaligen Kfz-Steuerverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3338
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3339
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3325
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Im Jahr 2015 insgesamt zusätzliche 870 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3340
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzverwaltung stärken - blockierte Planstellen freimachen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3398

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baustopp an der Außenstelle des Finanzamts München in Höchstädt
(Kap. 06 05 Tit. 729 22)
Drs. 17/3399
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3341

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 42. Sitzung am 21. Oktober 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 06 werden abgelehnt:

Drs. 17/4430

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3325
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt von 152 Stellen aus der ehemaligen Kfz-Steuerverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3338
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3339
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Im Jahr 2015 insgesamt zusätzliche 870 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3340

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3341
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsoberkräfte in den Vermessungsämtern
(Kap. 06 22 Tit. 422 01)
Drs. 17/3510
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Verdopplung der Ausgaben für den „CIO“
(Kap. 06 01 Tit. 547 01)
Drs. 17/3397
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzverwaltung stärken – blockierte Planstellen freimachen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3398
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baustopp an der Außenstelle des Finanzamts München in Höchstädt
(Kap. 06 05 Tit. 729 22)
Drs. 17/3399

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hans Herold

Abg. Florian von Brunn

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Alexander Muthmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Thomas Mütze

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir fahren in der Tagesordnung mit dem **Tagesordnungspunkt 21** fort:

Haushaltsplan 2015/2016

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 17/3382 und 17/3383)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 17/3338 mit 17/3341 und 17/3510)

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 17/3325)

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 17/3397 mit 17/3399)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 25 Minuten, auf die SPD-Fraktion 16 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 12 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; die Staatsregierung kann deshalb bis zu 25 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Herold. Bitte sehr.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss ganz ehrlich sagen, es gibt für mich fast nichts Schöneres, als heute den Einzelplan 06 des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vorstellen zu dürfen. Deswegen richte ich gleich zu Beginn meiner Rede ein ganz besonderes Dankeschön an un-

seren bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder für seine großartige und zukunftsweisende Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Finanzminister Dr. Markus Söder hat gemeinsam mit uns, der CSU-Fraktion, lieber Thomas Kreuzer und lieber Peter Winter, wieder einen Doppelhaushalt ausgearbeitet, der nach meiner Ansicht in Deutschland und in Europa seinesgleichen sucht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ich habe gestern in der "Augsburger Allgemeinen" einen sehr interessanten Kommentar von Uli Bachmeier mit der Überschrift "Bayern glänzt – im Moment" gelesen, wobei ich hinzufüge: auch in Zukunft. Ich zitiere:

Der Freistaat Bayern lässt mit seinem Doppelhaushalt alle anderen Länder in Deutschland hinter sich. Der Staat ist solide finanziert. Das Wachstum der Ausgaben ist begrenzt. Schulden werden getilgt. Kurz gesagt: Bayern glänzt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nur die Zeitung vorlesen!)

Ich kann diesen Kommentar nur unterstreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede einige wichtige Botschaften zum Doppelhaushalt 2015/2016 herausstellen, basierend auf dem Top-Rating AAA: Erstens, zum elften und zwölften Mal keine neuen Schulden,

zweitens, massive Schuldenrückzahlung,

drittens, höchste Investitionen in Bildung, Familie, Wissenschaft und Innovationen,

viertens, hohe investive Quote von 12 % – zum Vergleich: Baden-Württemberg 9,8 % und Nordrhein-Westfalen 9,1 % –,

fünftens, Stabilisierung der Personalquote, aber gleichzeitig mehr Stellen in wichtigen Bereichen, zum Beispiel im Bildungsbereich, bei der Polizei, bei der Justiz sowie bei der Steuer- und Finanzverwaltung,

sechstens, ein grandioser kommunaler Finanzausgleich – das sage ich auch als Kommunalpolitiker, als Kreisrat und stellvertretender Landrat – in Höhe von 8,3 Milliarden Euro im Jahr 2015 – dafür eine hohe Anerkennung unserem Finanzminister Dr. Markus Söder –,

siebtens, Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen – Stichwort intensive Breitbandförderung, zum Beispiel 1,5 Milliarden Euro, wie Sie alle wissen –, und

achtens, Übernahme des Tarifabschlusses für unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten – das ist ein ganz wichtiger Hinweis, liebe Ingrid Heckner – im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen. Das haben unsere tüchtigen Beamtinnen und Beamten in Bayern auch verdient.

Ich möchte in den Dank an das Finanzministerium natürlich auch unsere beiden Staatssekretäre Albert Füracker und Johannes Hintersberger einbeziehen. Ich bedanke mich aber auch ganz, ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Finanzministerium, von denen wir immer wieder beraten, unterstützt und betreut werden. Ein ganz besonderes Dankeschön, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich auch an die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Finanz- und Steuerverwaltung. Sie sind die besten in Deutschland, und diese Auffassung kann man auch begründen.

Bayern nimmt bei Effizienz und Prüfungsmehrergebnis im Ländervergleich den Spitzenplatz 1 ein. Der Bundesdurchschnitt beim Mehrergebnis pro Prüfer beläuft sich auf 1,2 Millionen Euro, bei den Bayern auf 1,4 Millionen Euro. Das sind 200.000 Euro mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Beamtinnen und Beamten des Freistaates Bayern.

Ich sage auch, dass der Freistaat Bayern in Deutschland das Land mit den solidesten und stabilsten Haushalts- und Finanzstrukturen ist. In den Diskussionen der letzten Tage wurde auch ganz klar herausgearbeitet, dass wir in allen Bereichen, egal, ob in der Wirtschaft, bei der Beschäftigung, in der Bildung, bei den Finanzen oder den Innovationen, die Nummer 1 in Deutschland sind. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist natürlich auch ein Erfolg unserer fleißigen Bürgerinnen und Bürger und unserer tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmer. Deswegen sage ich an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern für die großartige Arbeit, die sie leisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage aber auch, dass wir beispielhaft sind. Das gilt insbesondere im Hinblick auf das Ehrenamt. Auch darauf ist zurückzuführen, dass wir im Freistaat Bayern so erfolgreich sind. Das ist aber auch ein großes Verdienst der von der CSU-Fraktion getragenen Staatsregierung.

Frau Ministerin Ilse Aigner hat am Dienstag gesagt: Bayern ist das Land der Möglichkeiten. Ich setze noch ein Wort drauf: Bayern ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Die vielen Menschen, die zu uns nach Bayern kommen, kommen zu uns – lieber Herr Kollege Halbleib, ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt, das verursacht Ihnen Schmerzen, aber ich kann Ihnen diese Schmerzen heute leider nicht ersparen -, weil sie bei uns in Bayern die besten Perspektiven haben.

(Beifall bei der CSU)

Kein anderes Land in Deutschland zahlt 5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich und kann gleichzeitig massiv Schulden tilgen. Das ist einmalig in Deutschland und einmalig in Europa. Ich kann nur die Aussage unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer unterstreichen. Er hat gesagt: Das ist der beste Haushalt aller Zeiten.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das war er letztes Jahr auch schon!)

- Das stimmt, lieber Harry Scheuenstuhl, da kann ich dir nur beipflichten. Im letzten Jahrzehnt hatten wir immer die besten Haushalte in ganz Deutschland.

Das zieht sich bei uns wie ein roter Faden durch, weil wir entsprechende Leitlinien haben. Ich sage das auch ganz bewusst als ehemaliger Bürgermeister: Bei uns werden auch weiterhin die Einnahmen die Ausgaben bestimmen. Das bedeutet konkret: Wir geben nur das Geld aus, das wir auch vorher erwirtschaftet haben. Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – ich muss Ihnen das leider sagen, weil ich auch mitbekomme, welche Anträge Sie ständig stellen –, ist es genau anders herum: Bei Ihnen bestimmen die Ausgaben die Einnahmen. Das bedeutet Schuldenmacherei. Ich kann das auch anhand von Beispielen aus Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg belegen: Trotz Rekordsteuereinnahmen und Rekordniedrigzinsen ist in diesen beiden Bundesländern – rot-grün oder grün-rot – eine Neuverschuldung nötig. Hören Sie bitte bei folgendem Vergleich gut zu: Im allgemeinen Haushalt liegt die Schuldenlast Bayerns unter 20 Milliarden Euro. Im Land der Schuldenkönigin Hannelore Kraft gibt es eine Neukreditaufnahme von 3,3 Milliarden Euro. Das heißt konkret: NRW hat zurzeit eine Schuldenlast von 190 Milliarden Euro. Das ist fast zehnmal so viel wie im Freistaat Bayern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hans Herold (CSU): Später. Wir können später gerne noch gemeinsam diskutieren. Ich weiß schon, was Sie alles bringen, nämlich Landesbank, Rücklagen, Beamtenstellen und und und. Das machen wir aber bitte später am Ende meiner Rede.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Diese unverantwortliche Schuldenpolitik muss uns mit Sorge erfüllen. Das gilt auch für uns in Bayern. Ich denke gerne an das Zitat von Dr. Markus Söder vor einiger Zeit zurück. Er hat an dieser Stelle gesagt: Wenn das ehemals stärkste und bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland sagt, dass es trotz Rekordeinnahmen und Rekordniedrigzinsen ohne Finanzhilfen nicht mehr leben kann, dann ist damit die finanzielle Symmetrie in ganz Deutschland gefährdet. Deswe-

gen unser Rat von der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion: Wir brauchen mehr Bayern in der Finanzpolitik der deutschen Bundesländer.

(Beifall bei der CSU)

Es sage Ihnen auch, wie nachhaltige bayerische Finanzpolitik aussieht: Wir tilgen weitere Schulden, insgesamt 1,05 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2015/2016. Bis zum Jahr 2016 werden wir dann innerhalb von fünf Jahren 3,6 Milliarden Euro Schulden getilgt haben. Das sind 16 % der Gesamtschulden des Freistaats Bayern im gesamten Haushalt. Nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das eine solche Leistung erbringen kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

- Lieber Thomas Mütze, den Einwand kenne ich. Den hast Du schon tausendmal gebracht, und zwar sowohl im Ausschuss als auch im Plenum. - Bei dieser seriösen Finanzpolitik müssen und werden wir weiterhin Vorbild in Deutschland und Europa bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem kontinuierlichen Schuldenabbau können wir es schaffen, als erstes Land in Deutschland bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu sein. Dies ist auch im Interesse der jungen Generation.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf Ihnen noch ein Zitat des Präsidenten des Obersten Rechnungshofs Dr. Heinz Fischer-Heidberger bringen. Er hat vor einiger Zeit gesagt – passen Sie gut auf, es ist ganz wichtig -: Der weitere Abbau von Staatsschulden wird ausdrücklich von uns begrüßt. Der bayerische Kurs ist ein Kurs, der Bayern deutschlandweit zu einem Vorbild für solide Finanzpolitik hat werden lassen. – Ich glaube, ein größeres Lob kann man

nicht bekommen als diese Aussage des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.

Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen. Ich sage aber auch: Trotz Länderfinanzausgleich in Höhe von über 5 Milliarden Euro, trotz höchstem kommunalen Länderfinanzausgleich 2015 in Höhe von 8,3 Milliarden Euro, trotz Investitionen im Umfang von circa 20 Milliarden Euro in Familie, Bildung und Innovationen bewältigen wir weiterhin große Herausforderungen bereits zum elften und zwölften Male mit einem ausgeglichenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin sehr stolz, dass wir diese großen Herausforderungen, insbesondere bei der Asylpolitik und angesichts der Flüchtlingssituation, ohne Neuverschuldung bewältigen können. Auf diesem Gebiet stellen wir eine Summe von quasi einer Milliarde Euro im Doppelhaushalt zur Verfügung.

Die Aufgaben des Finanzministeriums sind, wie der Einzelplan 06 zeigt, sehr personalintensiv. Die Personalausgabenquote liegt über 70 %. Dies ist ein wichtiger Punkt bei der Ausgabenstruktur. Mit diesen Mitteln werden circa 27.600 Stellen finanziert, davon über 71 %, das heißt rund 19.700, in der Steuerverwaltung. Weitere personelle Schwerpunkte sind die Staatsfinanzverwaltung, die Schlösserverwaltung und auch das Landesamt für Finanzen mit über 3.300 Stellen. Das gilt natürlich auch für die Vermessungsverwaltung, die für uns, insbesondere für den ländlichen Raum, ganz wichtig ist. Sie umfasst rund 3.500 Stellen.

Zu den Einnahmen ganz kurz ein paar wesentliche Punkte, zunächst der Hinweis, dass 115 Millionen Euro an Säumnis- und Verspätungszuschlägen erhoben werden. Die Gebühren bei den Finanzämtern belaufen sich auf circa 9,5 Millionen Euro. Wir haben auch eine sehr positive Entwicklung, die mich persönlich sehr freut, bei der Schlösserverwaltung. Die Eintrittsgelder steigen auf 23,4 Millionen Euro. Eine positive

Entwicklung ergibt sich auch bei den Einnahmen der Vermessungsverwaltung mit 104,8 Millionen Euro.

Ich sage aber auch: Für uns ist es immer wieder wichtig, kontinuierlich für eine Verbesserung der Personalausstattung bei der Finanz- und Steuerverwaltung zu sorgen. Hierzu konnte man in den letzten Jahren einiges vorweisen. Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2015/2016 rund 700 neue Planstellen und andere Stellen vorgesehen. Unsere Steuerverwaltung wird mit 15 neuen Planstellen und – sage und schreibe – 530 neuen Anwärterstellen gestärkt. 90 neue Anwärterstellen sind dem Bereich der Vermessungsverwaltung zuzuordnen. 19 Planstellen und 39 Anwärterstellen sind im Landesamt für Finanzen und 5 Planstellen in der Schlösserverwaltung vorgesehen. Eine Stellenhebung gab es für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt konkret, dass derzeit insgesamt 2.000 junge Anwärtinnen und Anwärter eine Ausbildung an der Finanzschule in Ansbach oder ein Studium an den Fachhochschulen in Herrsching oder Kaufbeuren absolvieren. Das ist ein gutes Zeichen gerade auch für die Stellensituation in unserer Steuerverwaltung und in der Finanzverwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Im Doppelhaushalt 2015/2016 sind insgesamt 7.680 Stellenhebungen vorgesehen. Liebe Kollegin Ingrid Heckner, ich möchte mich auch bei dir bedanken. Das möchte ich ganz ausdrücklich betonen. Seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 wurden 50.000 zusätzliche Beförderungen unserer Beamtinnen und unserer Beamten ausgesprochen.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer großer Ausgabeschwerpunkt ist insbesondere die Breitbandförderung. Als Vertreter des ländlichen Raumes bin ich unserem Finanzminister und meiner Fraktion sehr dankbar dafür – das muss ich ganz ehrlich sagen –, dass richtig viel Geld, nämlich 1,5 Milliarden Euro, in die Hand genommen wird, um gleichwertige Lebensbedin-

gungen im ländlichen Raum herzustellen. Die Ansätze für die Breitbandförderung, deren Fördersätze und Förderhöchstbeträge im Jahr 2014 deutlich angehoben wurden, werden für 2015 um 100 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro und im Jahr 2016 noch einmal um 50 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro erhöht. Die Verpflichtungsermächtigung beläuft sich, wie bereits im Jahr 2014, auf 400 Millionen Euro für jedes Haushaltsjahr. Meine Damen und Herren, als Vertreter des ländlichen Raumes sage ich Ihnen: Mein Stimmkreis – die Landkreise Fürth und Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim – umfasst insgesamt 49 Städte und Gemeinden. Wir erhalten insbesondere für den Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim eine starke Förderung zwischen 80 % und 90 %. Im Landkreis Fürth ist die Förderung aufgrund der wirtschaftlichen Stärke etwas niedriger. Ich danke der Staatsregierung herzlich für dieses wunderbare Breitbandförderprogramm.

(Beifall bei der CSU)

Erlauben Sie mir, noch ein Wort zur Schlösserverwaltung zu sagen. Der Sachaufwand der Schlösserverwaltung steigt im Haushaltsjahr 2015 auf 22 Millionen Euro und im Jahr 2016 noch einmal um 0,7 Millionen Euro auf 22,7 Millionen Euro. Damit sollen neue Ausstellungen ermöglicht werden, um die Attraktivität unserer Schlösser weiter zu steigern. Dazu zählt insbesondere die Sonderausstellung im Schloss Neuburg zur Ottheinrich-Bibel und – das freut mich persönlich sehr – der Ausbau und die Einrichtung der Cadolzburg zu einem Burg-Erlebnismuseum. Das kann aus diesen Mitteln finanziert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich sind der ländliche Raum und die ländliche Entwicklung sehr wichtig. Hierfür sind entsprechende Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro vorgesehen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass im Rahmen der kürzlich vorgetragenen Regierungserklärung von Dr. Markus Söder Entscheidungen, beispielsweise zur weiteren Stärkung des ländlichen Raumes, verkündet wurden. Dazu zählen die Schaffung von IT-Zentren und Bayern-Labs im gesamten Freistaat Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch der staatliche Hochbau im Einzelplan 06 ist meiner Ansicht nach mit insgesamt 105 Millionen Euro gut ausgestattet. Als Leuchttürme in der Schlösserverwaltung darf ich insbesondere erwähnen die Generalsanierungen der Festung Marienberg in Würzburg, des Schlosses Johannisburg in Aschaffenburg, des Markgräflichen Opernhauses Bayreuth, die Neustrukturierung der Kaiserburg in Nürnberg und – das wurde eben schon erwähnt – die Sanierung mit Einrichtung eines Burg-Erlebnismuseums in der Cadolzburg.

Eine wichtige Entscheidung und Investition in die Zukunft ist die Erweiterung der Landesfinanzschule in Ansbach. Die Kosten belaufen sich auf circa 47 Millionen Euro. Der Neubau des ersten Bauabschnitts des Finanzamtes in München beläuft sich auf circa 66 Millionen Euro. Zu nennen ist auch der Neubau der Finanzfachhochschule Nord in Kronach.

Heute haben wir schon sehr oft das Thema Barrierefreiheit angesprochen. Diesen Punkt möchte ich ebenfalls kurz ansprechen, weil wir uns unserer großen Verantwortung sehr bewusst sind. Dieser Verantwortung kommen wir auch nach. Neben den vielen Mitteln, die im Gesamthaushalt vorgesehen sind, haben wir aufgrund eines Antrages der CSU-Fraktion weitere Mittel vorgesehen, nämlich 3 Millionen Euro zur Verbesserung der Barrierefreiheit im Bereich der Schlösserverwaltung. Es sollen insbesondere bauliche Verbesserungen bei der Kaiserburg in Nürnberg, der Festung Marienberg in Würzburg und beim Schloss Johannisburg in Aschaffenburg erreicht werden.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Super!)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen Punkt ansprechen, der mir persönlich sehr wichtig erscheint: die Mütterrente. Bei diesem Thema sind wir Vorbild in ganz Deutschland. Wie Sie alle wissen, wurde die Berücksichtigung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder im Rentenrecht verbessert. Das ist die sogenannte Mütterrente. Mit diesem vorbildlichen Haushaltsgesetz 2015/2016 wird die Verbesserung

wirkungsgleich und systemkonform zum 1. Januar 2015 in die bayerische Beamtenversorgung übertragen. Damit werden erziehungsbedingte Lücken in der Beamtenversorgung vermindert. Darauf bin ich sehr stolz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit übernimmt Bayern bundesweit eine Vorreiterrolle.

(Beifall bei der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Toll!)

Thomas Mütze ist jetzt nicht mehr da.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Doch!)

– Da sitzt er. Wir verstehen uns persönlich sehr gut. Wir sind beide Fußballfans: Er von Eintracht Frankfurt, ich vom 1. FC Nürnberg – logischerweise.

Ich möchte ganz kurz drei Punkte ansprechen, die mich persönlich sehr irritieren und denen ich – das muss ich ganz ehrlich sagen – persönlich nie zustimmen würde. Das ist zum einen der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kein Ausbau des Frankenschnellweges in Nürnberg". Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau des Frankenschnellweges ist eine ganz wichtige Infrastrukturmaßnahme für Nürnberg.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum nächsten Antrag betreffend "Kürzung der Haushaltsmittel für Staatsstraßen". Für mich als Vertreter des ländlichen Raumes ist dieser Antrag ein Schlag ins Gesicht. Wir brauchen weiterhin viele Haushaltsmittel für die Sanierung und den Ausbau von Staatsstraßen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu noch einem Punkt, der jedes Jahr von den GRÜNEN beantragt wird, nämlich die Streichung des Landeserziehungsgeldes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Vorschlag werden wir als CSU-Fraktion niemals zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben wir uns mit den Kolleginnen und Kollegen der Opposition immer wieder faire und interessante Rededuelle geliefert. Sie waren – das muss ich bestätigen – meistens sachlich. Deshalb bedanke ich mich ganz herzlich bei den Kollegen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, insbesondere danke ich unserem Vorsitzenden Peter Winter und dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib. Lieber Volkmar, wir sind daheim gewissermaßen Nachbarn. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gemeinsam wird eine sehr gute Arbeit geleistet.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Dieser Doppelhaushalt 2015/2016 ist der beste Haushalt aller Zeiten. Das habe ich schon erwähnt. Es ist ein Haushalt ohne neue Schulden und die Fortsetzung des Schuldenabbaus mit einem Ausgabenwachstum von maximal 3 % pro Jahr. Die investiven Ausgaben werden auf einem weiterhin hohen Niveau fortgeführt. Die Personalausgabenquote wird stabilisiert. Er ist eine große Unterstützung für unsere Kommunen im Freistaat Bayern. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung.

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und sage abschließend: Bayern hat Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Herold, Sie sind gleich stehen geblieben, da wir – das hat sich abgezeichnet – eine Zwischenbemerkung des Kollegen von Brunn haben. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Herold, Sie loben sich über den grünen Klee.

(Hans Herold (CSU): Zu Recht!)

Ich will gar nicht die Landesbank ansprechen. Ich will nur einmal Ihre Ausführungen bezüglich der sozialdemokratisch regierten Bundesländer einem Faktencheck unterziehen und auf das Beispiel Baden-Württemberg verweisen. 2010/2011 wurden dort 4,5 Milliarden Euro Schulden aufgenommen – Rekordschulden unter Stefan Mappus, Ministerpräsident von der CDU. Dies als Erstes.

Zweitens. Nordrhein-Westfalen sprechen Sie auch sehr gerne an, auch hierzu der Faktencheck. Unter dem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, CDU, Ihre Schwesterpartei, gab es im Jahr 2008 Rekordschulden von 1 Milliarde Euro trotz Rekordeinnahmen. In seiner Regierungszeit ist Nordrhein-Westfalen vom Geberland im Jahr 2005 mit Zahlungen von 490 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich im Jahr 2010 zum Nehmerland mit 354 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich geworden. Vielleicht nehmen Sie dazu auch einmal Stellung. Das wäre seriös.

(Beifall bei der SPD)

Hans Herold (CSU): Herr Kollege, hier besteht genau der große Unterschied zwischen Ihnen und der CSU-Fraktion. Wir schauen nicht in die Vergangenheit. Sie graben immer wieder die alten Sachen wie die Landesbank usw. aus.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir blicken in die Zukunft. Fakt ist, lieber Kollege: Der Freistaat Bayern zahlt mit 5 Milliarden Euro weit über die Hälfte des gesamten Finanzausgleichs. Wir waren auch einmal Nehmerland – das ist richtig. In den 35 Jahren, in denen wir Nehmerland waren, haben wir ungefähr 4 bis 4,5 Milliarden Euro bekommen. Zwischenzeitlich zahlen wir jedes Jahr 5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich ein. Sie sollten gemeinsam an unserer Seite stehen und versuchen, eine Lösung zu finden. Ich bedanke mich ganz herzlich bei unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und bei Markus Söder für die großen Aktivitäten, um eine entsprechende Modifizierung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich Herrn Kollegen Halbleib das Wort erteile, darf ich darauf hinweisen, dass die abschließende Abstimmung über den Einzelplan 06 in namentlicher Form stattfinden wird.

Darüber hinaus darf ich auf der Ehrentribüne den Herrn Landesvorsitzenden des Bayerischen Beamtenbundes Herrn Rolf Habermann in Begleitung der Geschäftsführerin Frau Egle begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. - Herr Halbleib, Sie haben das Wort.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Volkmar, zeig's ihnen!)

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich entschuldige mich vorweg.

Ich beginne mit einem Dank. Ich bedanke mich zunächst beim Finanzminister und seinem Haus für die Abwicklung der Haushaltsberatungen vom Entwurf bis zur heutigen Verabschiedung und auch für die anschließende Umsetzung. Ich darf in diesen Dank ausdrücklich den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Kollegen Peter Winter und sein Ausschussbüro einbeziehen. Er hat uns souverän durch die Marathonberatungen im Haushaltsausschuss geleitet. An dieser Stelle ein herzlicher Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Da der Herr Finanzminister trotz aller Robustheit sensibel ist, will ich auch mit einigen lobenden Worten zum Einzelplan 06 beginnen.

Wir freuen uns über ein Stück weit Verbesserung bei der Stellenausstattung der Finanzverwaltung. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir finden, dass das Konzept und die Umsetzung der Breitbandförderung trotz mancher Fragezeichen ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem Nichthandeln der Regierung und dem Stillstand in den vergangenen Jahren sind, und wir meinen, dass trotz aller nach wie vor bestehen-

den Kritikpunkte – der Präsident des Beamtenbundes ist anwesend – wesentliche Zusagen gegenüber dem öffentlichen Dienst von Ihnen eingehalten worden sind. Darüber freuen wir uns, weil wir uns auch in den vergangenen Jahren intensiv für diese Punkte eingesetzt haben.

Deswegen verbinde ich das Lob an den Finanzminister an dieser Stelle auch mit einem Dank und einem Lob an die SPD-Fraktion und die Oppositionsfraktionen, weil wir den Finger permanent in die Wunde gelegt haben und deshalb ein Stück weit vorgekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Herold hat interessanterweise den Journalisten Uli Bachmeier zitiert. Er hat aber den ganz spannenden Text, der für die heutige Schlussdebatte maßgeblich ist, weggelassen. Denn Uli Bachmeier schreibt weiter: "Die entscheidende Frage zum Jahresende 2014 ist, ob dieser Haushalt wirklich krisenfest ist und die selbstgesteckten Ziele der Staatsregierung erreicht werden können." Das ist mehr als ein deutliches Fragezeichen, das der Journalist Uli Bachmeier an dieser Stelle zu Recht setzt.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Wer bis zum Ende liest, ist klar im Vorteil!)

Wir stellen nach der Eröffnungsdebatte, die ja eher eine Super-Haushaltsshow war, nach zweieinhalb Monaten intensiver Haushaltsberatungen fest, dass die Staatsregierung und die Regierungsfraktion diesen Doppelhaushalt trotz der enthusiastischen Worte von Hans Herold deutlich nüchterner beurteilen, weil die Wirtschaftsaussichten natürlich offen sind. In den Beratungen der Einzelpläne haben wir viele, viele Defizite aufgezeigt, die auch die Kolleginnen und Kollegen der CSU zugeben mussten. Deswegen, glaube ich, ist Realitätssinn angesagt. Selbstzufriedenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist nie ein guter Ratgeber, in der Finanzpolitik erst recht nicht. Wir müssen Sie nicht an irgendwelchen Ratings, nicht an irgendwelchen Blicken in andere Bundesländer, sondern an ihren eigenen Ansprüchen, an ihrem eigenen

Selbstlob messen. Dann müssen wir feststellen, dass von den Superlativen an vielen Stellen wenig übrig bleibt.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

Ich darf als Beispiel die Steuerverwaltung nennen. Wir können doch nicht damit zufrieden sein, wenn in der bayerischen Steuerverwaltung nach wie vor 1.800 Stellen unbesetzt sind. Wir wollen, dass jede einzelne Stelle besetzt wird. Dazu bietet dieser Doppelhaushalt zu wenig Kraftanstrengungen.

(Beifall bei der SPD)

Warum sorgen Sie nicht dafür, dass alle Stellen besetzt werden können und nicht mehr durch Anwärter blockiert werden? Dazu wären 870 Anwärterstellen nötig. Sie haben Anstrengungen unternommen, aber Sie sind zu kurz gesprungen. Warum ist es nicht möglich, in der Steuerverwaltung die völlig irrsinnige Wiederbesetzungssperre endlich aufzuheben? Sie ist allgemein ein schlechtes Instrument der Personalwirtschaft. Im Steuerbereich kostet uns diese Wiederbesetzungssperre nachweislich deutlich mehr, als sie bringt. Das ist unökonomisch, und dies widerspricht auch der Steuergerechtigkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass die Unterbesetzung in der Steuerverwaltung, die nach wie vor ein Riesenproblem im Freistaat ist, endlich beendet wird. Wir müssen sehen, dass Opfer der jahrzehntelangen Politik der Nichtbesetzung und der Unterbesetzung die Steuergerechtigkeit ist, die auf der Strecke bleibt. Opfer sind insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir setzen uns in der Steuerpolitik für einen Dreiklang ein: Wir wollen Entlastungen für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir wollen mehr Steuergerechtigkeit, und wir wollen eine konsequente Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Sie haben für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu wenig getan. Sie haben viele Initiativen, die wir auf den Weg gebracht haben, im Bayerischen Landtag abgelehnt.

Ich darf nur zwei Beispiele nennen: Die Erfolge in diesem Bereich sind das Verdienst der SPD, beispielsweise beim Ankauf von Daten-CDs, die in großem Umfang zu Selbstanzeigen und erheblichen Steuernachzahlungen in Bayern geführt haben. Die Verhinderung des deutsch-schweizerischen Steuerabkommens, das Schwarz-Gelb schon beschlossen hatte,

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

hat nicht nur zum Fall Hoeneß geführt, sondern auch zu einer Welle Tausender weiterer Selbstanzeigen. Das hat dazu geführt, dass Steuerschulden dort hinkommen, wo sie hingehören, nämlich in den Staatssäckel.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Was hat der Finanzminister hier im Landtag getan? – Er hat vehemente Reden gegen den Ankauf von Steuerdaten-CDs gehalten. Er hat vehement für das deutsch-schweizerische Steuerabkommen plädiert, das nicht nur die Anonymität der Steuerhinterzieher wiederhergestellt hätte, sondern perspektivisch auch die Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung verhindert und somit schweren Schaden zugefügt hätte.

Leider muss man es so sagen, wenn man es auf den Punkt bringt: Im Ergebnis war der bayerische Finanzminister ein Stück weit der Schutzheilige für Steuerhinterzieher und Geldwäscher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Das ist die Wahrheit. Sie haben sich gegen diese Instrumente gewehrt.

(Peter Winter (CSU): Die haben keinen Schutzheiligen!)

Wir schätzen die zusätzlichen Steuereinnahmen in Bayern hieraus auf etwa 1,7 Milliarden Euro. Dieser Betrag wäre nie gekommen, wenn sich Ihre Haltung durchgesetzt hätte. Das ist das Verdienst der SPD. Herr Finanzminister, Sie sind zwar evangeli-

scher Konfession, aber vielleicht können Sie sich vornehmen, eine Bußkerze für sich und eine Dankeskerze für die SPD anzuzünden,

(Allgemeine Heiterkeit)

wahlweise vor der Schwarzen Madonna in Altötting oder auch auf dem Würzburger Käppele. Das ist doch eine praktische Empfehlung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr gut! – Staatsminister Dr. Markus Söder: Es hat so gut begonnen!)

Es können auch mehrere Kerzen sein – als Dank für die Einnahmeverbesserungen, die nie zustande gekommen wären, wenn es die SPD nicht gegeben hätte. Ich nenne die Übernahme der BAföG-Zahlungen durch den Bund: 310 Millionen Euro im Doppelhaushalt, Erhöhung der Städtebauförderung: 120 Millionen Euro, Aufstockung zum Ausbau der Kinderbetreuung: 70 bis 80 Millionen Euro, Entlastung im Bundesleistungsgesetz: 230 Millionen Euro.

(Peter Winter (CSU): Wir sind ja auch in der Koalition!)

Natürlich gehört auch der Mindestlohn dazu. Diese Verbesserungen wären ohne die SPD nicht gekommen. Deswegen ist das mit den Dankes- und Bußkerzen sicher ein guter Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein ernstes Thema für uns alle. Wir müssen die großen Unterschiede in der regionalen Verteilung der Steuereinnahmen sehen. 42 % der bayerischen Steuereinnahmen kommen aus dem Finanzamtsbezirk München – Landeshauptstadt München und Landkreis München.

Das zeigt zweierlei. Ohne die Einnahmestärke aus dem Finanzamtsbezirk München wären die Steuereinnahmen in Bayern nur bundesdeutscher Durchschnitt. Bei der Verteilung der Finanzkraft in Bayern tut sich eine Schere auf. Diese dramatische Ent-

wicklung muss uns insgesamt umtreiben. Beim Bruttoinlandsprodukt haben wir eine stärkere Spaltung zwischen Oberbayern und Oberfranken als zwischen Bayern und Berlin. Das kann uns nicht ruhen lassen. Diese Zahlen sind auch ein Appell, die Schere der unterschiedlichen Finanzkraft in Bayern zu schließen.

Natürlich gilt es auch, die Finanzkraft in ganz Bayern zu stärken, um damit gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Bei diesen Herausforderungen bieten wir Ihnen unsere Unterstützung im Parlament an. Sie müssen aber mehr tun als bisher.

(Beifall bei der SPD)

Auch bieten wir Ihnen ausdrücklich – Kollege Rinderspacher hat das bereits am Dienstag getan – unsere Unterstützung bei den großen finanzpolitischen Herausforderungen auf Bundesebene an. Der Länderfinanzausgleich - das ist unsere klare Aussage und Position schon seit Langem - kann nicht so bleiben, wie er ist. Die Verantwortung für diesen Länderfinanzausgleich und auch für die dramatische Belastung des Freistaats Bayern liegt bei der CSU, die ihn ausgehandelt und hier im Landtag auch noch bejubelt hat.

Die SPD-Fraktion hat als erste im Bayerischen Landtag auf Änderungen gedrungen: Anreizstrukturen für Nehmer- und Geberländer zu entwickeln, eine Sonderregelung für die Hauptstadt Berlin zu finden, die Kosten der Steuerverwaltung endlich im Länderfinanzausgleich anzurechnen und das Ausgleichsvolumen durch die Übernahme von Strukturförderung beim Bund zu verringern.

Wir stellen fest, dass Finanzminister Söder am 17. Januar 2014 in der "ZEIT" deutlich gemacht hat, Bayern werde einem neuen Länderfinanzausgleich nur dann zustimmen, wenn sich unser Beitrag halbiere. Das wären geringere Zahlungen in einer Höhe zwischen 2 und 2,5 Milliarden Euro.

Wir werden Sie, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dabei unterstützen. Wir werden Sie aber auch an Ihren Aussagen messen. Klar ist je-

denfalls: Die Zeit der Sprüche ist vorbei. Jetzt müssen CSU und Staatsregierung ihre Ankündigungen einlösen. Wir werden Sie dabei auf jeden Fall unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Absetzungsbewegungen gab es, wie wir feststellen, schon in einem Interview in der "Süddeutschen Zeitung" vom 27. November 2014 mit Erwin Huber:

Bayern steht bei vielen Interessen mit wenigen Verbündeten oder gar allein da. ... Die Nehmerländer wollen – auch mit Hinweis auf die Schuldenbremse – nichts abgeben. Der Bund will nicht mehr zuschießen. Womit soll Bayern entlastet werden?

Wir fordern Sie auf, gemeinsam Bündnispartner zu finden. Sie sind auch in dem Bereich zu finden, den Sie normalerweise von diesem Pult aus nur beschimpfen. Ich glaube, wir müssen gemeinsam darum kämpfen, einen Konsens der Länder gegenüber dem Bund zu finden und natürlich auch Bündnispartner in der Ländergemeinschaft.

Dazu gehört im Übrigen auch Nordrhein-Westfalen, das 1,5 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich einzahlt über den Umsatzsteuervorgewegausgleich. Auch da sind Bündnispartner zu finden, bloß müssen Sie sie auch suchen und dürfen nicht nur auf mögliche Bündnispartner einschlagen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Eines braucht die Diskussion um den Länderfinanzausgleich mit Sicherheit nicht: peinliche Maxi-Cosi-Nummern wie bei der Diskussion mit Jauch.

(Beifall bei der SPD)

Damit, Herr Finanzminister, haben Sie Bayern ein Stück weit blamiert. Das stärkt unsere Verhandlungsposition nicht, sondern es schwächt sie.

Zur Steuerpolitik nur kurz drei Punkte. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir die Mittel aus dem Soli für die öffentlichen Kassen erhalten müssen.

Wir sind uns auch einig, dass wir zwei Möglichkeiten haben: entweder die Fortsetzung mit einer neuen Konstruktion des Solidaritätszuschlags oder die Integration in die Einkommensteuer.

Eines können wir natürlich nicht zulassen: dass Sie so tun, als seien das zwei völlig unterschiedliche Dinge. Insgesamt bedeutet beides, dass wir die Steuereinnahmen in diesem Umfang weiterhin brauchen. Das wollen auch Sie, das wollen wir. Deswegen gibt es an dieser Stelle eigentlich nur Einigkeit und keinen Dissens. Wir müssen den Konsens auch herstellen, damit wir es endlich schaffen, eine Lösung zu finden.

Dabei haben Sie unsere Unterstützung, wenn Sie endlich eine vernünftige Position einnehmen und nicht nur so tun, als wären wir die Steuererhöhungspartei und Sie die Steuersenkungspartei. Auch Sie wollen diesen Steuerbeitrag durch den Soli nach wie vor erhalten und von den Bürgerinnen und Bürgern holen. Das muss an dieser Stelle auch einmal eingeräumt werden. Dann kommen wir schnell zu vernünftigen Lösungen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Klar ist, dass die Freibeträge des Soli natürlich wichtig sind. Wenn wir das in die Lohn- und Einkommensteuer integrieren, müssen wir das mit einer Tarifreform verbinden, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet.

Damit sind wir drittens beim Abbau der kalten Progression. Auch hierzu ein klares Bekenntnis von unserer Seite. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, insbesondere für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Was hat die CSU geboten? – Hierzu gab es im letzten halben Jahr vier verschiedene Varianten: Herr Söder wollte es sofort. Der Ministerpräsident sagt, das sei nicht finanzierbar. Dann sagt der Finanzminister, er wolle das 2020 tun. Daraufhin äußert der Ministerpräsident, er wolle es 2017. Der Finanzminister sagt, er wolle eine Entlastung im

Umfang von 9 Milliarden Euro. Der Ministerpräsident sagt, er wolle eine Entlastung von 3 bis vielleicht 5 Milliarden Euro. - Diese Staatsregierung hat in den letzten Monaten bei der Steuer- und Finanzpolitik ein Hü und Hott vorgeführt. Deswegen glaube ich, dass es das Bekenntnis zum Abbau der kalten Progression jetzt auch erfordert, Herr Finanzminister, dass Sie Ihren Vorschlag, Ihren Gesetzentwurf hierzu endlich auf den Tisch legen. Dann können wir darüber reden.

Das Gleiche gilt für die Frage der regionalisierten Steuersätze. Wir lehnen das nicht grundsätzlich ab. Auf keinen Fall aber wollen wir eine Schaffung von Steueroasen für Reiche innerhalb Deutschlands. Die Steuerautonomie darf keinesfalls zu einem ruinösen Steuerwettbewerb führen. Das ist mit uns nicht zu machen.

Ebenfalls ist es mit uns nicht zu machen, dass wir die Erbschaftsteuer unter dem Deckmantel der Regionalisierung abschaffen. Darin würden wir einen gravierenden Anschlag auf die Steuergerechtigkeit sehen. Deswegen fordern wir Sie auf: Legen Sie endlich ein Konzept vor, das durchgerechnet ist! Dann können wir darüber reden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kurz noch zur Verschuldung. Der Kollege Herold hat ganz vergessen, dass der Freistaat im Haushalt 2008/2009 10 Milliarden Euro aufnehmen musste. 3 Milliarden Euro sind zurückgezahlt; das ergibt nach wie vor einen negativen Saldo von 7 Milliarden Euro. Wie wird er finanziert? - Er wird durch Rückzahlungen der Landesbank, die Gebühren für die zehn Milliarden Euro sind, und aus der Zerstückelung des Versorgungsfonds finanziert. Sie haben die Rücklage massiv geplündert. Sie sind im Augenblick im Haushaltsentwurf bei 1,5 Milliarden Euro. Sie waren einmal bei 4,4 Milliarden Euro. Nach der neuesten rechnerischen Darstellung sind wir mittlerweile bei unter einer Milliarde Euro angekommen. –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Kollege Halbleib, denken Sie bitte an die Zeit!

Volkmar Halbleib (SPD): Ich komme zum Schluss: Wo bleibt die Nachhaltigkeit? Wo bleibt die Vorsorge? Wo bleibt der Puffer für schwere wirtschaftliche Zeiten?

Ich will ganz kurz sagen: Sie haben mit diesem Haushalt auch die versteckte Verschuldung nicht angepackt. Deswegen verlagern Sie mit diesem Doppelhaushalt die Finanzierungslasten zum Teil in die Zukunft. Sie bilden versteckte Verschuldung. Sie plündern den Pensionsfonds. Das kann nicht solide und zukunftsgerecht sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Der nächste Redner für die Fraktion FREIE WÄHLER ist Herr Kollege Muthmann. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal wollte ich mich beim Kollegen Peter Winter, unserem Vorsitzenden, ganz herzlich bedanken.

(Hans Herold (CSU): Er kommt gleich wieder!)

- Sagt ihm bitte einen schönen Gruß, auch den Kollegen des Haushaltsausschusses, die mit dabei waren. - Die Art und Weise der Arbeit und die Atmosphäre sind durchaus angenehm. Zu beklagen ist allerdings, dass es ihm trotz seiner Verhandlungsführung nicht gelingt, unsere guten oder zumindest die besten unserer Anträge zu einer Mehrheit zu führen. Daran werden wir in der nächsten Zeit sicherlich noch gemeinschaftlich zu arbeiten haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Wir arbeiten daran. – Ich will beim Einzelplan 06 bleiben. Ich will keine bundesrepublikanischen Vergleiche machen. Für mich ist es an dieser Stelle auch deswegen ganz angenehm, weil wir keine kostenmehrenden Anträge stellen müssen, sondern in diesem Bereich eine Reihe von Vorschlägen und Anregungen gemacht haben, die nach unserer Überzeugung helfen, die Politik in Bayern weiter zu verbessern und insgesamt

zu einem größeren Erfolg zu führen. Trotzdem sind wir auch mit diesen Anträgen, die ohne Kostenmehrungen möglich gewesen wären, nicht erfolgreich gewesen.

Ein paar Aspekte vorab: Es zeichnet sich ab, dass wir einen Haushalt 2015/2016 bekommen, der die Handschrift der CSU trägt. An manchen Stellen wird auch von unserer Seite anerkannt, dass es Schritte in die richtige Richtung sind. In vielen Bereichen hätten wir uns mehr oder auch anderes gewünscht. Nach diesen Debatten wird es auch unsere Aufgabe in der Opposition sein, sicherzustellen und zu kontrollieren, dass das, was jetzt an Mitteln zur Verfügung steht, möglichst effizient im Sinne der Zielsetzungen ein- und umgesetzt wird, wie sie im Haushalt durch die Mehrheit angelegt wurden. Dabei haben wir gerade in den letzten Wochen - das will ich schon einmal sagen - das Gefühl gehabt, dass auch dort verstärkte Aufsicht nottut, um all das zur Geltung zu bringen, was mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gemacht wird. Wir haben den Eindruck, dass es dabei auch manche unnötige Großzügigkeiten in der Aufgabenerfüllung, in der Umsetzung, in der exekutiven Realisierung des Haushalts gab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir befürchten, dass es das weiterhin geben wird. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, eine verstärkte Aufsicht im nächsten Jahr zu realisieren.

Das gilt einmal für den Länderfinanzausgleich. Wir haben die Einreichung der Klage für richtig gehalten. Jetzt geht es aber vor allem darum, die Ankündigungen umzusetzen und zu schauen, wie weit das Gewicht Bayerns, wie weit das Gewicht des Finanzministers und des Ministerpräsidenten reichen, um gewisse Korrekturen zugunsten Bayerns zu realisieren.

Ich nenne drei Aspekte: Erstens. Uns war es wie den Kollegen der SPD wichtig anzuerkennen, dass die Personalausstattung insbesondere in den Finanzämtern verbessert worden ist. Aber sie scheint uns nach wie vor nicht ausreichend zu sein.

Ich will die aktuellen Prüfungszyklen bei Betriebsprüfungen in Erinnerung rufen: Bei Großbetrieben wird regelmäßig alle 5,2 Jahre geprüft, bei mittleren Betrieben alle 22,2 Jahre und bei kleinen Unternehmen alle 47 Jahre. Und da reden wir über die Personalausstattung. Wir haben eine andere Vorstellung, wie man solche Themen und Probleme angehen soll. Ich komme nachher bei der Gesamtplanung für Bayern, bei der Landesentwicklungsplanung, noch darauf zurück. Lassen Sie uns Leistungen definieren. Lassen Sie uns, sehr geehrter Herr Staatsminister, einfach definieren, wie oft Sie Prüfungen in diesen Unternehmen wollen. Sind Sie mit einem durchschnittlichen Prüfungszyklus von 47 Jahren bei kleinen Unternehmen zufrieden, und wenn ja, warum? Oder wollen Sie einen anderen, einen regelmäßigen Prüfungszyklus von meinetwegen 30, 20 oder auch 10 Jahren? Das sind die Definitionen, die wir erwarten, um anschließend die Frage zu klären, wie viel Personal man dazu braucht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Aber einfach zu sagen, jetzt reden wir einmal über ein paar Mitarbeiter mehr oder weniger, und dann sind wir gespannt, was an Leistung herauskommt, wäre einer Unternehmensführung nicht angemessen. Wir reden immer von solchen Standards. Drehen Sie das um. Nennen Sie uns die Ziele, die Sie erreichen wollen; dann schauen wir nach den Instrumenten und Mitteln, um das möglich zu machen.

(Zuruf von der CSU: Was kostet die Welt?)

- Nein, nicht: Was kostet die Welt? Wir sind überzeugt, dass regelmäßige Kontrollen insgesamt zu mehr Steuergerechtigkeit führen; denn gerade bei kleinen Unternehmen, die in der Regel alle 47 Jahre eine Betriebskontrolle haben, kann man nicht mehr von einer vernünftigen Begleitung reden. Was sagen dann die kleinen Leute dazu, die Jahr für Jahr Einkommensteuer bezahlen, bei denen die jährliche Kontrolle selbstverständlich ist? Das passt nicht mehr zusammen. Das wollen wir zusammenführen im Interesse von Steuergerechtigkeit. Das ist für uns eine ganz zentrale Gerechtigkeitsfrage. Daneben ist es - davon sind wir überzeugt - auch eine Ertragsfrage. Mit mehr

Betriebsprüfungen hätten wir an dieser Stelle nicht mehr Personalkosten, sondern würden, insgesamt bilanziert, keine größere Belastung für den Haushalt bewirken.

Der zweite Punkt, auf den ich noch eingehen will, ist das Thema Breitband. Hier haben wir schon mehrfach anerkannt, dass, seitdem das Thema im Finanzministerium angesiedelt ist, die Impulse spürbar erhöht und die Dinge verbessert worden sind. Aber auch hier muss man im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf hinweisen: Diese 1,5 Milliarden Euro, die der Kollege Herold mit großem Stolz genannt hat, sind noch nicht finanziert. Davon sind im Doppelhaushalt 350 Millionen Euro finanziert. Der Rest, auch wenn man ihn schon jetzt den Gemeinden verspricht, was wir auch für richtig halten, muss in den folgenden Jahren erst noch dargestellt und finanziert werden. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit eine zusätzliche Herausforderung.

Dazu haben wir ein paar Verbesserungsvorschläge gemacht, denen Sie leider nicht gefolgt sind. Einmal wollten wir Regionspauschalen haben, wenn sich Gemeinden über die Zusammenarbeit von zwei oder drei Gemeinden hinaus zusammentun. Dann sollten diesen Gemeinden oder auch Landkreisen die rechnerisch zur Verfügung stehenden Zuschusssätze als Pauschalen zur Verfügung gestellt werden können, weil es einzelne Gemeinden gibt, die weniger brauchen. Wir hatten erwartet und gehofft, dass dies anderen zugeschrieben werden und zugutekommen kann.

Was wir ebenfalls für erforderlich halten, resultiert aus Debatten in den Regionen draußen, wenn wir mit den Bürgermeistern sprechen. Zu großer Unruhe führt, dass nicht alle Gemeinden in den Regionen mit besonderem Handlungsbedarf den maximalen Fördersatz von 90 % erhalten können. Auch hier bitte ich, über Korrekturen nachzudenken. Dann wird es spannend sein, ob es gelingt, die Gelder, die jetzt zur Verfügung stehen, sozusagen auf die Straße oder unter die Straße zu bringen. Darauf werden wir ein waches Auge richten.

Der dritte Punkt ist das Thema Heimat und gleichwertige Lebensbedingungen allgemein. Wir haben in vielen Bereichen, eigentlich in allen Einzelplänen, immer wieder darüber gesprochen, dass es durchaus unterschiedliche Infrastrukturleistungen in den Regionen gibt. Da brauchen wir einen Ausgleich, sei es im Bereich Gesundheit, sei es im Bereich Bildung, sei es im Bereich allgemeine Infrastruktur. Es ist Aufgabe des Finanz- und Heimatministers, dass das in Summe koordiniert abläuft. Ich kann nicht erkennen, dass Herr Söder diese über seinen eigenen Bereich hinausgehende koordinierende Gesamtaufgabe vernünftig und verantwortungsvoll wahrnimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Landesplanung ist Koordinierungsaufgabe. Wir hatten in einer Diskussion einmal angeregt, die Landesplanung in der Staatskanzlei anzusiedeln, weil es um Koordinierung geht. Wenn das nun im Finanzministerium geschieht, soll uns das auch recht sein. Aber dann genügt es nicht, "nur" über Behördenverlagerungen, das Breitband oder über die Digitalisierung als Aufgabe des Heimatministeriums zu reden, sondern dann muss auch die landesplanerische Gesamtsteuerung angepackt werden, um gleichwertige Lebensbedingungen zu erreichen. In der Enquete-Kommission, Herr Minister, hat sich Ihr Haus zwar beteiligt, aber das geschah in einer ganz mutlosen und enttäuschenden Art. Wir haben den Raumordnungsbericht noch immer nicht. Es ist darauf verwiesen worden, dass das Zentrale-Orte-System irgendwann überarbeitet werden solle. Es wurde der Eindruck erweckt, dass man in diesem Ministerium schon damit zufrieden ist, was derzeit landesplanerisch so passiert.

Wir wünschen uns, dass die Ära Zeil, die dadurch geprägt war, dass die Bedeutung der Landesplanung gegen null degeneriert wurde, nun endlich vorbei ist und die Landesplanung erneut kraftvoller angepackt wird und zwischen den Ministerien die Aufgaben koordiniert werden.

Wir wollen dafür feste Kriterien haben und nicht nur gesagt bekommen, mit welcher Regelmäßigkeit Betriebsprüfungen stattfinden. Wir wollen nach festen Kriterien und

messbaren Vorgaben wissen, wo wir Krankenhäuser erwarten können, Fachärzte, Schulen der verschiedensten Art und andere öffentliche Einrichtungen.

Politik ist im Haushalt zunächst eine Vorgabe von Möglichkeiten; das wollen wir aber nicht nur zahlenmäßig aufgegliedert sehen, sondern wir wollen, dass gerade im Bereich der Landesplanung gleichwertige Lebensbedingungen in allen Themenbereichen festgeschrieben werden.

Nach der Sitzung der Enquete-Kommission in der vergangenen Woche hegte ich große Hoffnungen. Auch die Kollegen der CSU haben zu erkennen gegeben, dass sie eine große Sympathie für feste Vorgaben und entsprechende Kriterienkataloge haben. Allein das Finanz- und Heimatministerium hat in dieser Sitzung sehr mutlos und schwach agiert. Sehr geehrter Herr Staatsminister, auch an dieser Stelle könnten Sie sich für gleichwertige Lebensbedingungen in kraftvoller Art und Weise einsetzen und uns in unserem gemeinsamen Bemühen unterstützen. Das werden wir über den Haushalt in den Jahren 2015/2016 hinaus im Interesse Bayerns einfordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Kollege Muthmann. – Nächster Redner ist der Kollege Thomas Mütze. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Hans Herold, mit dir fange ich an; denn du hast uns direkt angesprochen. Du hast drei Dinge genannt, nämlich den Frankenschnellweg, den Staatsstraßenbau und das Landeserziehungsgeld. Der Antrag zum Frankenschnellweg kam vom Kollegen Ganserer. Du weißt, dass die GRÜNEN in Nürnberg gegen den Ausbau des Frankenschnellwegs sind. Das bildet sich natürlich dann auch in den Haushaltsberatungen ab.

Zum Staatsstraßenerhalt stehen die GRÜNEN. Wir hoffen, dass die Bundesregierung im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans einsieht, dass der Erhalt vor Neu-

bau gehen muss. Lieber Hans, es kann nicht angehen, dass jede Gemeinde in Bayern mit einer Staatsstraße erschlossen werden muss.

Die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen muss über dem Landeserziehungsgeld stehen.

Diese drei Anträge finden sich in einem Gesamtpaket – das hast du leider nicht gesagt, Hans –, und dazu haben wir Kürzungsanträge eingebracht. Unsere Anträge sind gegenfinanziert. Wir haben es als einzige Oppositionspartei geschafft, eine Null-Neuverschuldung mit unseren eigenen Haushaltsanträgen zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte sind Bildung, Klimaschutz und Soziales. Das darf hier auch gesagt werden. Lieber Hans, du hast vom besten Haushalt aller Zeiten gesprochen. Er ist so "gut", dass eine Reduzierung der Erwartungen, wie sie der Herbststeuerschätzung zu entnehmen ist, zu Heulen und Zähneklappern führt, da die Rücklagen weiter abgebaut werden müssen. Da fragt man sich schon – das frage ich auch den Minister –, was wird, wenn die Krise erneut ausbricht und weniger Steuereinnahmen fließen. Davor wird es uns jetzt schon angst und bange, weil es dann keine Rücklage mehr gibt, auf die man zurückgreifen könnte.

Jetzt greife ich einzelne Punkte auf. Sehr geehrter Herr Minister Dürer - -

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Entschuldigung, Söder natürlich! – Heute haben Sie einen Anzug an, das heißt, Sie sind als Finanzminister da. Wenn Sie den Trachtenjanker anziehen, sind Sie der Heimatminister. Finanzempfänge allerorten, Digitalisierungsminister, Talkshow-Minister, Heimat- und Finanzempfänge, Digitalisierungsweltmeister, zuständig für Landesplanung, für Schlösser und Seen, BayernLB, Flughafen Nürnberg! Lieber Herr Minister, wissen Sie eigentlich noch, was Sie alles zu tun haben? Ich glaube nicht.

(Hans Herold (CSU): Höchstes Lob!)

- Nein, das ist kein Lob. Den Vogel abgeschossen hat der Minister mit einem ganzseitigen Foto in der Heimat-Strategiebroschüre. Die Frau Ministerin Huml ist nicht mehr im Hause. Vorhin hat sie ihr Strategiepapier für das Gesundheitsministerium vorgelegt. Darin war nicht einmal ein Foto von ihr. Da muss Frau Huml noch viel von Herr Söder lernen, bis sie weiß, wie das geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen uns Sorgen, dass der Minister vor lauter PR seine eigentlichen Aufgaben vergisst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In erster Linie hat er Finanzpolitik in Bayern und Deutschland zu betreiben. Da hat er seine Arbeit zu machen. Diese Arbeit bleibt liegen.

Das Ignorieren der Landesplanung, wie es unter Minister Zeil üblich war, ist nun Gott sei Dank zu Ende. Aber was ist denn mit dem Zentrale-Orte-System? Das Gutachten liegt vor. Es ist aber immer noch nicht mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt. Alle warten darauf, wann es damit weitergeht. Das Zentrale-Orte-System soll verändert werden. Wie geht das weiter?

Das Nächste, das uns interessiert, ist der Versorgungsbericht, Herr Minister. Seit 2007 warten wir auf einen weiteren Versorgungsbericht. Normalerweise erscheint er im Sechs-Jahres-Rhythmus. Da wäre das Erscheinen an der Zeit. Wie entwickelt sich denn die Zahl der Versorgungsempfänger? Wie entwickeln sich die Ausgaben für die Pensionen? Auch das würde uns interessieren. Vielleicht können Sie uns nachher zumindest die Frage beantworten, wann der Bericht vorliegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgabe des Finanzministeriums ist es, Steuern einzutreiben und der Steuergerechtigkeit zu dienen. Wird das Ministerium dieser Aufgabe gerecht? Wir meinen, nur unzureichend. Wie komme ich zu dem Urteil? –Kollege Muthmann hat eben schon die Prüfungsdichte angesprochen. Da wird sehr deutlich,

dass man immer noch meint, wenig zu prüfen, diene als Standortvorteil. Von dieser Einstellung ist man immer noch nicht abgerückt.

Das führt in der Folge dazu, dass wir keine gerechte Steuererhebung haben; denn die normalen Einkommensteuerzahler können sich einer Steuererhebung nicht entziehen. Sie müssen jährlich ihre Einkommensteuererklärung abgeben. Das können sie nicht vermeiden. Und nun nochmal meine Frage: Warum haben wir eine so geringe Prüfungsdichte? Grund ist die Unterbesetzung in der Steuerprüfung. Seit Jahren stellt der ORH fest, dass die Fehlquote im Schnitt bei 10 % bis 10,5 % liegt. 2010 waren es noch 1.500 Personen, dann stieg die Zahl auf 1.900, jetzt aber sind wir wieder bei 1.800 Bediensteten. Zu dieser zehnpromzentigen Unterbesetzung kommt dann auch noch die Wiederbesetzungssperre in anderen Bereichen. So hat Justizminister Dr. Bausback darauf verwiesen, dass in seinem Bereich Einnahmen generiert werden. Auch der Einzelplan 06 bringt Geld. Daher ist es widersinnig, in diesen Bereichen eine Wiederbesetzungssperre zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie argumentieren immer: Warum soll ich mehr Geld einnehmen, wenn es mir im Finanzausgleich gleich wieder weggenommen wird? Dazu später mehr. Was hat das aber für Folgen für die Beschäftigten? Es geht doch darum, was das für Folgen für die Beschäftigten hat, wenn sich die Durchlaufzeiten für eine Steuerklärung von 56 auf inzwischen 67 Tagen erhöht haben, wenn die Krankheitsquote an den Finanzämtern 30 % über dem Durchschnitt anderer bayerischer Ämter liegt und wenn Fehltagge massiv steigen aufgrund von psychischer Überlastung. Herr Minister, das kann doch nicht das Ziel sein, auf Kosten der Beschäftigten die Haushalte nicht anständig auszustatten.

Zu Ihrer Reaktion, in diesem Haushalt 500 neue Anwärterstellen zu finanzieren: Ich habe mir das gestern noch einmal genau angeschaut. Durch den Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes kommt es gleichzeitig dazu, dass 165 Stellen gestrichen werden. Sie

bauen also Stellen auf und müssen gleichzeitig wieder Stellen abbauen. Auch das ist widersinnig. Darauf wird später Kollegin Claudia Stamm noch hinweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem sitzen 870 Anwärtler auf regulären Planstellen. Die sollen also die Arbeit von voll ausgebildeten Menschen leisten. Dass das nicht funktionieren kann, ist, glaube ich, klar.

Länderfinanzausgleich, jetzt komme ich dazu. Herr Minister, Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, es soll sich etwas ändern. Sie haben im Haushaltsausschuss Kreide gegessen. Dafür bin ich Ihnen auch dankbar. Sie sind endlich abgekommen von Ihrer Konfrontationspolitik und haben versucht, mehr Solidarität zu zeigen. Allerdings fehlen uns immer noch die Vorschläge. Sie stehen mit leeren Händen da. Sie haben noch nichts erreicht. Sie haben die Klage eingereicht. Weiß Gott, wann über die entschieden wird! Wir wissen es nicht. Erwin Huber hat in dem schon zitierten Interview darauf hingewiesen. Sie stehen eigentlich mit leeren Händen da.

Das Problem ist, dass Sie keine Idee haben, wie sich die eigentlichen Probleme des Ausgleichs, etwa der zu geringe Selbstbehalt von Steuermehreinnahmen sowohl bei Geber- als auch Nehmerländern, lösen lassen. Sie haben bis jetzt nur einen Dagegenstandpunkt, keinen dafür. Wofür sind Sie beim Länderfinanzausgleich, außer dass Sie mehr Geld behalten wollen? Das wollen wir auch, aber wir wollen die Solidarität dabei nicht vergessen. Die Frage ist also: Wie kann der Ausgleichsbeitrag gesenkt werden? CSU und Staatsregierung ziehen seit Jahren in Wahlkämpfen durch Bierzelte und erklären, wofür die anderen Bundesländer zu viel ausgeben, obwohl sie wissen, dass es ein Einnahmen- und kein Ausgabenausgleich ist; das ist also Stimmungsmache. Das ist auf keinen Fall lösungsorientiert.

Sie müssen sich schon fragen lassen, welche Strategie Sie verfolgen, um eine Entlastung für Bayern zu erreichen. Was haben Sie erreicht? Welche konzeptionellen Vorschläge machen Sie bei den Verhandlungen? Welche Bundesländer sind überhaupt

auf Ihrer Seite? Wir brauchen ja eine Einstimmigkeit für eine Änderung des Länderfinanzausgleichs. So wie Sie agieren, werden Sie die nicht erreichen. Herr Bullerjahn hat Ihnen das auch erklärt. Klar ist, wenn Bayern einen 51-Milliarden-Euro-Haushalt hat, dass der Länderfinanzausgleich höher ausfällt. Das ist logisch. Bei einem Land, das nur einen Drei-Milliarden-Haushalt oder einen Zehn-Milliarden-Haushalt hat, sieht das natürlich anders aus.

Was wollen wir? - Uns reicht das Drehen an ein paar Stellschrauben nicht, um zu schauen, ob es vielleicht besser wird, sondern es braucht eine grundlegende Reform. Kollege Halbleib hat darauf hingewiesen. Was ist mit Berlin? Wie ist es mit der Berücksichtigung der Steuerbeamten im Länderfinanzausgleich? Mehrere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Ein weiterer Vorschlag ist eine Vertikalisierung des Finanzausgleichs, möglicherweise über die Umsatzsteuerverteilung durch den Bund oder über einen höheren Selbstbehalt der Länder an den Einkommensteuereinnahmen. Auch das wäre ein Vorschlag, von unserer Seite zumindest, von Ihnen kommt da bis jetzt nichts.

Was ist mit dem Soli? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Soli muss weiterlaufen. Es ist klar, dass wir auf die Einnahmen zwischen 15 und 18 Milliarden Euro nicht verzichten können. Ich bin dem Minister dankbar, dass er im Haushaltsausschuss eingeräumt hat, dass wir diese Gelder brauchen. Wie soll es funktionieren, die Schuldenbremse ab 2019 einzuhalten, gleichzeitig Schulden zu tilgen und weiterhin in die Infrastruktur zu investieren? Die meisten Länder in Deutschland sind damit überfordert. Darum braucht es die Mittel aus dem Solidaritätszuschlag. Jeder, der sich mit öffentlichen Haushalten beschäftigt, wird sich dieser Lösung nicht verschließen können.

Wie auch immer Lösungen heißen können, unserer Meinung nach braucht es einen Altschuldenfonds oder Zinshilfen, wie Sie sie angesprochen haben, oder, oder, oder. Aber kommen Sie bitte mit Vorschlägen, damit wir das Problem endlich vom Tisch haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Finanzpolitik in Bayern, in Deutschland darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Sie darf auch nicht die Solidarität deutschlandweit vergessen. Wir GRÜNEN wissen das. Darum lehnen wir den Haushalt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Mütze. – Der nächste Redner ist Herr Staatsminister Dr. Söder. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr lange zugehört und habe mir überlegt: Was ist jetzt eigentlich? Hat Bayern einen krisenfesten Haushalt, oder haben wir große Sorgen? Ich habe mir überlegt, was wirklich passiert, wenn Deutschland und Europa in die Krise kommen könnten. Sind dann Haushalte wie Nordrhein-Westfalen krisenfest, die 190 Milliarden Euro Schulden haben? Sind Haushalte wie in Berlin krisenfest, die sich vor allem über den Länderfinanzausgleich finanzieren? Sind diese Länder ein Vorbild für die Krise, oder könnte es nicht doch möglicherweise sein, dass die Einzigen, die ruhig schlafen können, die Bayern sind? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Antwort sehr klar ist.

(Beifall bei der CSU)

Was sind denn Antworten auf Krisen? Ist die Antwort, Schulden zu machen, wie einige hoffen? - Nein, wir machen keine Schulden. Bei uns ist das aber keine Neuerung, für die wir uns feiern lassen; denn dass wir keine Schulden machen, ist zum zehnten und elften Mal in Folge der Fall. Wir gehen einen Schritt weiter, wir tilgen Schulden. Es gibt welche, die sagen, Schulden zu tilgen ist eigentlich schlecht, es wäre besser, wir lassen das Geld irgendwo liegen und parken es, weil wir immer mehr Einnahmen haben. In Zeiten von Niedrigzinsen Geld liegen zu lassen, bringt keinen Ertrag. Dagegen Schulden zu tilgen, um dann, wenn die Zinsen wieder steigen, weniger zahlen zu müssen, ist fiskalisch richtig und ökonomisch klug, und das macht der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Herr Mütze, dass ich das machen muss, liegt daran, dass ich nicht nur für den Staatshaushalt – es stimmt, es gibt viele Herausforderungen –, sondern insgesamt für die Beteiligungen des Freistaates Bayern zuständig bin. Das sind fast 70 Stück; das kann man im Beteiligungsbericht nachlesen. Das bedeutet, wenn man die Bilanzsummen der Unternehmen, für die der Freistaat Bayern Mitverantwortung trägt, zusammennimmt, kommen wir fast auf 780 Milliarden Euro pro Jahr, für die wir, der Staatssekretär und meine Person, mit Verantwortung übernehmen. Das wird von 180 Wirtschaftsprüfern geprüft. Das ist in der Tat eine ernste Sache. Aber wir können sagen, die gesamte bayerische Flotte ist auf dem richtigen Kurs, meine Damen und Herren. Andere erleiden Schiffbruch, wir fahren in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Krisenfest heißt also, keine Schulden machen, sondern Schulden tilgen. Wir gehen sogar auf die Kritik in Bezug auf den positiven Finanzierungssaldo ein. Wir planen jetzt von vornherein. Das war letztes Jahr hier in der Debatte großes Thema, ich erinnere mich noch: Ist dieser vermeintliche Finanzierungssaldo möglicherweise die entscheidende Schwachstelle des Freistaats Bayern? Jetzt machen wir es so, meine Damen und Herren, dass wir tatsächlich die Ausgaben nur noch den bereinigten Einnahmen gegenüberstellen, unabhängig davon, dass wir in den letzten Jahren immer – davon gehen wir auch weiter aus – entweder Steuermehreinnahmen hatten oder sogar durch die Bewirtschaftung unseres Haushalts und Erwirtschaftung erheblich Geld zusätzlich hatten. Diesen Auftrag haben wir auch den Ministerien für das nächste Jahr gegeben, weil wir nicht wissen, ob Delle oder Trend bei der wirtschaftlichen Entwicklung eintritt. In Berlin könnte man übrigens eine Menge tun, damit es eine Delle bleibt und kein Trend wird. Um eine wirtschaftliche Verbesserung zu erreichen, haben wir viele Möglichkeiten, das in Berlin gemeinsam zu tun. Um das erst mal abzuschätzen, wollen wir im nächsten Jahr 200 Millionen Euro aus Ausgaberesten einsparen und für etwaige Krisenzeiten vorsorgen.

Die andere Vorsorge ist die Investitionsquote. Schauen Sie, ob es auch nur ein westliches Flächenland in Deutschland gibt, das in dieser Form investieren kann. Wir, meine Damen und Herren, machen keine Schulden, aber wir investieren in Forschung, Bildung, ländliche Entwicklung, Infrastruktur. Sie wollen keine Straßen bauen, Herr Mütze, um den ländlichen Raum nicht zu erschließen. Das geht nicht mit guten Worten und Gesang, sondern da muss man investieren, und das tut der Freistaat Bayern, und zwar kräftig.

(Beifall bei der CSU)

Sie beschwerten sich darüber, dass es mit dem Personal nicht richtig funktioniert, obwohl wir 500 neue Anwärter einstellen und im Geschäftsbereich des Finanzministeriums über 600 Stellenhebungen haben. Wissen Sie, was ich an Ihrer Argumentation unfair finde? - Sie stellen sich hierher und fordern ständig neue Stellen. Überall dort, wo Sie – nicht Sie persönlich, aber Ihre politische Familie – Verantwortung tragen, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, ist erkennbar, dass die Fürsorge gegenüber den Beamten nicht sehr weit reicht. Wegen schlechter Haushaltspolitik wird in anderen Bundesländern primär von den Beamten ein Sonderopfer verlangt. Ein bayerischer Steuerhauptsekretär in Besoldungsgruppe A 8 verdient im Schnitt 1.100 Euro mehr, weil wir die Ungleichbehandlung zwischen der Entlohnung von Angestellten und der Besoldung von Beamten nicht mehr wollen. Alle im öffentlichen Dienst sollen die gleiche Fürsorge genießen. Darum werden wir im Doppelhaushalt ein klares Signal setzen. Wir wollen, dass die Beamten ordentlich besoldet werden. Wir wollen daran nicht sparen, meine Damen und Herren, wie es anderswo geschieht.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Steuern des Bundes und der Länder: Ich will Sie noch einmal an letztes Jahr erinnern. Ich weiß, es ist lange her, aber Sie haben es auch gemacht. Ich erinnere an die Parteiprogramme zur Bundestagswahl. Man kann zwar sagen, es ist alles vorbei. Müntefering hat immer gesagt: Danach kann man etwas anderes machen. Wir sollten

uns aber doch noch einmal daran erinnern. Was war denn die Kernbotschaft der Parteiprogramme von SPD und GRÜNEN, nicht der FREIEN WÄHLER? Was war denn die Kernbotschaft des Kanzlerkandidaten Steinbrück? Was war denn die Kernbotschaft derer, die gesagt haben, wir wollen in Berlin Rot-Grün? – Die Kernforderung waren Steuererhöhungen in einem Gesamtpaket von 30 Milliarden Euro. Wenn sich jetzt hier jemand hinstellt und sagt, wir hätten keine solide Finanzpolitik und könnten mit dem Geld nicht umgehen, kann ich nur sagen: Wer 30 Milliarden mehr Steuern für die Deutschen gefordert hat, hat keinen Anspruch darauf, über Steuersenkungen reden zu dürfen, jedenfalls nicht heute und hier.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben uns übrigens auch heute bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin klar geäußert. Wir sagen Ja zur energetischen Sanierung. Das ist aber auch wichtig für das Hohe Haus hier. Die Staatsregierung ist gegen eine entsprechende Einschränkung beim Handwerkerbonus; denn wir wollen nicht das Spiel linke Tasche, rechte Tasche machen, auf der einen Seite ein Ja zur energetischen Sanierung, auf der anderen Seite einen geringeren Handwerkerbonus. Die Einschränkung des Handwerkerbonus' führt nicht nur zur Schwarzarbeit, sondern auch zur Belastung der Bezieher kleinerer Einkommen. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zum Soli und zum Länderfinanzausgleich: In der Tat ist es richtig, dass wir für den Länderfinanzausgleich sehr, sehr viel zahlen und dass die Zahlungen immer wachsen. Es wird immer wieder gesagt, wir hätten damals zugestimmt. Das stimmt. Wir haben schon einmal einen Kompromiss gemacht. Ich sage es hier zum zwanzigsten oder einundzwanzigsten Mal, ich sage es auch noch zum dreißigsten Mal: Wir dürfen Edmund Stoiber, dem damaligen Verhandlungsführer, sehr dankbar sein. Ohne seinen Einsatz hätten wir allein in den ersten Jahren nach der Reform eine Milliarde mehr gezahlt, meine Damen und Herren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ist das jetzt Realsatire?)

Warum ist das so? Damals hat man versucht, die Basis gleichzustellen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum klagt ihr dann?)

Die Dynamik der Entwicklung nach oben in Bayern und die Dynamik der Entwicklung in anderen Bundesländern nach unten waren nicht vorhersehbar. Das belegt nur, dass die Politik am Standort Bayern schlicht und einfach besser ist als die Politik in anderen Ländern. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der CSU)

Dann zu den Verhandlungsempfehlungen. Wie kann man es cleverer machen? Meine Damen und Herren, ich bin keinem Finanzminister in Deutschland böse, wenn er um seinen Haushalt kämpft. Die Lage vieler Kollegen ist auch sehr kritisch. Dass keiner etwas hergeben will, verstehe ich. Ich verstehe es aber nicht, wenn jemand glaubt, dass wir erst einmal die Klage gegen den Länderfinanzausgleich zurückziehen, dass wir uns dann zusammensetzen und ein nettes Kaffeekränzchen machen und dabei versucht wird, uns davon zu überzeugen, es sei doch in Ordnung, wenn Bayern mehr zahlt. Ich werfe das den anderen Finanzministern nicht vor, weil sie noch nie auf der Ebene waren. Ich bin aber froh, dass diejenigen, die solche Strategien einfordern, nicht für Bayern verhandeln dürfen und müssen; denn dann käme am Ende deutlich mehr heraus als das, was wir zahlen müssen, und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU)

Für das, was uns aufregt, gibt es in den anderen Ländern viele Beispiele, so etwa die kostenlose Betreuung in den Kindertagesstätten. In Marzahn-Hellersdorf gibt es Familiengutscheine. Dort werden Streichelhände, Musikzwerge, Schlaf-Kindlein-schlaf-Konzepte bezahlt.

(Reinhold Strobl (SPD): Sportstadien in Kärnten!)

In Neukölln – Herr Wengert, das gefällt Ihnen sicher – gibt es Mützchen und Lätzchen, die ausgegeben werden. Es gibt Begrüßungsgeld für Studierende. Ich bin nicht der Experte für jedes dieser Details. Aber dass es eine Reihe von Maßnahmen gibt, die wir uns nicht leisten können, die aber andere mit unserem Geld bezahlen, ist evident. Und damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Herr Wengert, das, was ich sage, lässt sich messen, und das wird auch hundertfach geprüft.

Schauen Sie sich beim Länderfinanzausgleich eines an: Wir haben in der Klage eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die hinlänglich bekannt sind. Eines muss man nur wissen. Wir sitzen an einem nicht so schlechten Hebel, wie es manch einer in der Presse behauptet. Natürlich gibt es jetzt Formulierungen, mit denen eine Einigung zwischen Bund und Ländern stattfinden könnte. Wir werden es sehen. Es wird ein schwieriger Prozess. Es gibt die Klage, aber es gibt auch das Jahr 2019. Ende 2019, wenn das derzeitige Finanzausgleichsgesetz ausläuft, sind alle auch auf unsere Unterstützung angewiesen. Die Politik braucht manchmal einen längeren Atem als nur für das Anzünden einer Bußkerze. Man muss sich schon sehr genau überlegen, wie man es durchhält.

Unseren langen Atem dürfen Sie ernst nehmen. Wir werden seriös verhandeln. Wir werden inhaltlich hart verhandeln. Natürlich sind wir zu Kompromissen bereit. Das ist schon klar. Eines ist für uns auch klar: Wir wollen nicht, dass der Soli dazu verwendet wird, um Haushaltslöcher anderer Bundesländer zu stopfen. Das ist nicht der Grund, warum wir eine solche Regelung wollen. Wir wollen, dass wir Themen wie kalte Progression, Länderfinanzausgleich und mehr Steuerautonomie in Angriff nehmen. Die Bürger erwarten von uns eine solide Verwendung der Steuermittel und nicht, dass eine schlechte Haushaltspolitik anderswo durch Bundesmittel ausgeglichen wird. Das kann nicht das Motto sein.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat Bayern ist stabil. Er ist vorbereitet für die Zukunft. Noch einmal zur Krisenfestigkeit. Ich habe mir alle Änderungsanträge aufschreiben lassen. Dafür danke ich übrigens Peter Winter und dem ganzen Haushaltsausschuss. Es ist immer die schwierigste Aufgabe des Jahres, qualitative, aber auch quantitative Änderungen vorzunehmen. Ein großer Respekt und ein großes Kompliment dafür!

Eines muss man bei dem Thema Solidität sehen. Die SPD hat ungefähr 156 Änderungsanträge gestellt, die GRÜNEN haben 150 und die FREIEN WÄHLER 106 gestellt. Insgesamt forderte die SPD Mehrausgaben von knapp einer Milliarde, die GRÜNEN von knapp 600 Millionen, und die FREIEN WÄHLER waren besonders großzügig: Sie forderten fast 3,8 Milliarden Euro mehr. Insgesamt wurden fast 10.000 Stellen mehr gefordert. Die GRÜNEN haben – das gebe ich zu – Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, die aber aus unserer Sicht für das Land schädlich gewesen wären. Sie hätten sich gegen Familien, gegen Straßen und gegen den ländlichen Raum gewendet. Das Einzige, was ich von Herrn Hartmann gehört habe, waren Zebrastrassen auf Bundesstraßen. Das war das Einzige, was an Infrastruktur gefordert wurde. Mehr war nicht da.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Am Ende einer solchen Debatte kommen Hunderte von Anträgen mit einem Volumen von fast fünf Milliarden Mehrausgaben und 10.000 Stellen, ohne dass bei den meisten eigenen Anträgen eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen wird. Lieber Herr Halbleib, das ist nicht seriös, das ist nicht fair gegenüber den Bürgern.

(Beifall bei der CSU)

Ein Haushalt ist nie so, dass alle damit glücklich sein können. Das geht in schwierigen Zeiten nicht. Ich glaube aber, dass wir eine gute Balance zwischen Investitionen und Solidität finden, zwischen Investitionen in der Stadt und Investitionen auf dem Land. Ich glaube, dass wir einen Ausgleich finden, der eine solche Entwicklung nimmt, dass

wir vorsorgen können. Ich bleibe dabei: Wir sind ein Land, das es sich leisten kann, seine Kommunen – ich komme noch darauf – mit Rekordsummen zu unterstützen, ein Land, das es sich leisten kann, einen Länderfinanzausgleich in Rekordhöhe von möglicherweise bald fünf Milliarden Euro zu bezahlen und trotz dieser Superleistungen noch Geld zurückzulegen, Schulden zu tilgen und stabile Pensionsvorsorge zu betreiben. Wir sind einzigartig in Deutschland. Und das wollen wir auch bleiben, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3325, 17/3338 mit 17/3341, 17/3382, 17/3383, 17/3397 mit 17/3399 und 17/3510 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430.

Vorweg lasse ich, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über den Änderungsantrag auf der Drucksache 17/3340 in einfacher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Die Gegenstimmen bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/4430 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 06 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sit-

zungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.31 bis 15.36 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 20 zurück und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 10 bekannt: Mit Ja haben 91 und mit Nein 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Anträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen gleich zu einer Abstimmung. Setzen Sie sich bitte hin, sonst können wir von hier vorne nicht sehen, wie abgestimmt wird. Ich bitte Sie, in allen Teilen des Saales wieder die Plätze einzunehmen. Danke schön.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zum Einzelplan 10 noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen,

der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte. – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4602 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3934 mit 17/3940 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06 bekannt geben. Diese Bekanntgabe stand ja noch aus. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FDP,

(Allgemeine Heiterkeit)

FREIE WÄHLER, Entschuldigung. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/4430 verweise ich darauf, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/3382 und 3383 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 06 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2014 zu Tagesordnungspunkt 21: Haushaltsplan 2015/2016;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für
Landesentwicklung und Heimat (Drucksache 17/4430)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	84	64	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 21

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3325
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Erhalt von 152 Stellen aus der ehemaligen Kfz-Steuerverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3338
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/3339
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Im Jahr 2015 insgesamt zusätzliche 870 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3340
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege
(Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/3341
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Zusätzliche Verwaltungsoberberater in den Vermessungsämtern
(Kap. 06 22 Tit. 422 01)
Drs. 17/3510
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Keine Verdopplung der Ausgaben für den „CIO“
(Kap. 06 01 Tit. 547 01)
Drs. 17/3397
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Finanzverwaltung stärken – blockierte Planstellen freimachen
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/3398
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Baustopp an der Außenstelle des Finanzamts München in Höchstädt
(Kap. 06 05 Tit. 729 22)
Drs. 17/3399